

NACHRICHTEN

SPD für mehr Fokus auf ländlichen Raum

Saarbrücken/München. Der agrarpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Magnus Jung, hat die schwarz-rote Bundesregierung aufgefordert, die Entwicklung des ländlichen Raumes zu verbessern. Bei einer zweitägigen Konferenz in München appellierten Jung und SPD-Agrarpolitiker aus den anderen Bundesländern an den Bund, „künftig alle neuen Bundesgesetze im Vorfeld auf die Auswirkungen auf den ländlichen Raum“ zu überprüfen und „auf ihre demografische Relevanz“ abzuschätzen. Auch die Europäische Union sei aufgefordert, die Investitionen der Landwirte für Aufgaben der Daseinsvorsorge stärker als bisher zu unterstützen. *red*

Friedensdemo gegen Gewalt in der Ukraine

Saarbrücken. Das Friedensnetz Saar ruft angesichts der Krise in der Ukraine zu einer Friedenskundgebung am kommenden Samstag, 31. Mai, ab 11.55 Uhr auf dem St. Johanner Markt in Saarbrücken auf. Die Initiative fordert ein Ende der Gewalt in dem Land und ein Ende des „Säbelrasseln im Westen“. Die „5-vor-12-Aktion“ sei Teil einer bundesweiten Kampagne der Friedensbewegung, teilte das Friedensnetz mit. *red*

Flüchtlinge wollen mehr Freiheit

Protestmarsch durchquert Saarland - Junge Eritreer kommen nach Besseringen

Etwa 100 Flüchtlinge marschieren von Kehl nach Brüssel, um für mehr Freiheitsrechte in der EU zu werben. Am Dienstag verteilten sie Flugblätter im Lager Lebach. Unterstützung kommt aus der katholischen Kirche.

Von SZ-Redakteur
Dietmar Klostermann

Saarbrücken/Saarlouis/Merzig. Diese Flüchtlinge verursachen den Behörden im Saarland kaum Arbeit: Der Marsch von etwa 100 Flüchtlingen für mehr Freiheitsrechte in Europa und gegen die Abschottung der EU-Außengrenzen durchquert derzeit das Saarland. Nach dem Grenzübertritt bei Saargemünd am Montagabend haben die Teilnehmer des Marsches am Dienstag im Flüchtlingslager Lebach bei den dort derzeit untergekommenen etwa 1200 Leidensgenossen Flugblätter mit ihren Anliegen verteilt.

In der Saarbrücker Innenstadt demonstrierten sie am Nachmittag. An diesem Mittwoch soll es über Völklingen weitergehen Richtung Schengen; dort, wo die Verträge über das grenzenlose Europa einst geschlossen wurden – allerdings nur für Europäer. Im Saarland sorgen der Flüchtlingsrat und die Aktion 3. Welt Saar für die Unterkunft des Demonstrationzuges, der die EU-Hauptstadt Brüssel als Ziel hat. Roland Röder vom Flüchtlingsrat sagte, dass beim EU-Gipfel am 26. und 27. Juni eine Akti-



Rund 200 Demonstranten, darunter etwa 100 Flüchtlinge, zogen am Dienstag durch die Saarbrücker Innenstadt. FOTO: B&B

onswoche gegen die europäische Migrations- und Asylpolitik geplant sei: „Für Bewegungsfreiheit und Bleiberecht für alle. Gegen die Verhaftungen und Abschiebungen von Geflüchteten und Migrantinnen und gegen das europäische Grenzregime“. Solange Europa Zäune baue und Fluchthelfer kriminalisiere, werde es weitere Tote im Mittelmeer geben, sagte Röder dem SR.

Unterstützung für die Anliegen der Flüchtlinge kam aus der

katholischen Kirche im Saarland. Gegen die „repressive europäische Flüchtlingspolitik“ protestierte der Dekanatsrat Saarlouis. Die europäische Flüchtlingspolitik basiere auf „Elementen der Abwehr und Abschreckung“. Das führe dazu, dass insbesondere aus dem Kriegsgebiet in Syrien geflohenen Menschen kaum eine Aufenthaltserlaubnis in Deutschland erhielten, so der Rat. Der Ratsvorsitzende Bruno Steinke, die Vizin Rita Ney, Dechant

Heinz Haser und Dekanatsreferent Rolf Friedsam schickten die Mahnung an Saar-Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer und Innenministerin Monika Bachmann (beide CDU). Das Saarland nehme viel zu wenige Syrer auf. Stattdessen werde weiter nach Italien abgeschoben, wo die Syrer sich selbst überlassen würden. Die Katholiken forderten die CDU/SPD-Landesregierung auf, für eine „Willkommenskultur“ zu sorgen, „in der jeder Flüchtling als eine Chance für unser Land angesehen wird“.

Die jetzt 20 jugendlichen Flüchtlinge aus Eritrea und Äthiopien, die vergangene Woche wegen Überfüllung der Jugendhilfeeinrichtungen vom Regionalverband in der Köllerbacher Turnhalle einquartiert worden waren (die SZ berichtete), werden wohl am kommenden Montag ins ehemalige Erholungsheim „Sonnenwald“ des Sozialverbands VdK in Merzig-Besseringen verlegt. Das sagte Stefan Kiefer, Pressesprecher des Regionalverbands, der SZ. Das Rote Kreuz und die Diakonie hatten die Flüchtlinge in Köllerbach betreut. „Die Jusos sind gekommen und haben mit den Jungs Fußball gespielt“, berichtete Rotkreuz-Sprecher Frank Bredel der SZ von ersten Eingewöhnungsschritten. Die Jungen aus Ostafrika waren von der Bundespolizei vor etwa drei Wochen aus ICEs am Saarbrücker Hauptbahnhof geholt worden. Sie kamen aus Paris.

Stabilitätsrat in Berlin nimmt Sparkurs des Landes unter die Lupe

Saarbrücken/Berlin. Das Saarland muss an diesem Mittwoch im Stabilitätsrat in Berlin Rechenschaft über seinen Sparkurs ablegen. Das Gremium aus zwei Vertretern der Bundesregierung und den Finanzministern der 16 Bundesländer prüft zwei Mal im Jahr, ob das Land seine Verpflichtungen zum Abbau des Haushaltsdefizits einhält. Erst wenn dies bejaht wird, fließen die Konsolidierungshilfen von 260 Millionen Euro pro Jahr. Bis 2020 muss das Saarland seine jährliche Neuverschuldung auf null senken. Seit 2010, dem Ausgangsjahr der Schuldenbremse, hat sich das strukturelle Defizit auf 620 Millionen Euro halbiert – nicht zuletzt wegen gesteigerter Steuereinnahmen. *kir*

Saar-Justiz gibt Details des Stellenabbaus bekannt

Saarbrücken. Der Abbau von 40 der derzeit 330 Stellen bei Richtern und Staatsanwälten bis zum Jahr 2020 nimmt Gestalt an. Laut Justizministerium sollen in einem ersten Schritt zehn Richterstellen beim Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht eingespart werden – wegen der „vergleichsweise geringen Auslastung“, wie ein Justizsprecher sagte. Der Personalüberhang stammt noch aus den 90er Jahren, als die Zahl der Verwaltungsrichter wegen der damaligen Häufung von Asylverfahren erhöht wurde. Am Finanzgericht soll eine Stelle, in der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit je zwei Stellen wegfallen. Amtsgerichte, Landgericht und Oberlandesgericht sollen mittelfristig 19 Stellen verlieren, die Staatsanwaltschaft sechs. *kir*